

# Linke/Piraten wollen Steuern senken

Ratsgruppe schlägt vor, Erhöhung zum Teil zurückzunehmen und dafür Unternehmer stärker zu belasten

**Die politische Front für eine Senkung der Grundsteuer wächst. Nach CDU, FDP und Bündnis21/RRP schlagen jetzt Linke und Piraten eine Entlastung der Bürger vor – mit einem Unterschied: Sie fordern zugleich eine Erhöhung der Gewerbesteuer.**

VON JOHANNES DORNDORF

**LAATZEN-MITTE.** 550 Punkte – so soll der neue Steuersatz nach dem Willen der Ratsgruppe Linke und Piraten (GLuP) ab 1. Januar 2014

lauten. Das sind 50 Punkte weniger als derzeit – aber 100 Punkte mehr als noch vor einem Jahr. Erst zum Januar 2013 hatte der Rat der Stadt mit rot-grüner Mehrheit die Grundsteuer um 150 Punkte erhöht.

Einen Teil der mit dem GLuP-Vorschlag verbundenen Mindereinnahmen sollen Laatzens Unternehmer bezahlen. Diese würden durch die Grundsteuerabsenkung zwar entlastet – aber an anderer Stelle stärker zur Kasse gebeten: Die Ratsgruppe Linke und Piraten

wünscht eine Erhöhung der Gewerbesteuer um 20 auf 480 Punkte. „Wir gehen davon aus, dass der Standort Laatzen aufgrund der guten Infrastruktur für Gewerbetreibende weiterhin interessant bleibt“, meinen Piraten und Linke. Der Laatzener Hebesatz wäre dann der höchste in der gesamten Region Hannover – noch vor der Landeshauptstadt mit 460 Punkten.

Erst vor wenigen Tagen hatten auch CDU, FDP und RRP in einem gemeinsamen Antrag eine Reduzierung der Grundsteuer auf

die gleiche Punktzahl beantragt. Die Gewerbesteuer war davon jedoch unberührt.

Würde die Forderung der Ratsopposition umgesetzt, läge die Entlastung wohl für die meisten Bürger im einstelligen Eurobereich. Legt man die Zahlen einer Beispielrechnung der Stadtverwaltung aus dem Jahr 2012 zu Grunde, würden Eigentümer einer Dreizimmerwohnung mit etwa 33 Euro jährlich entlastet. Bei einem Reihenhaus wären es 37 Euro, beim freistehenden Einfamilien-

haus 67 Euro. Die Zahlen schwanken allerdings erheblich – je nach Größe der Wohnfläche und anderer Faktoren.

Die Chancen, dass die Steuerwünsche der Opposition umgesetzt werden, stehen allerdings schlecht. Bislang haben SPD und Grüne, die die Mehrheit im Rat der Stadt bilden, keine Andeutungen auf eine Absenkung gemacht. Klar ist, dass niedrigere Steuern auch die Neuverschuldung in die Höhe treiben und damit künftige Generationen belasten würde.

Fenster schließen

Ausschnitt drucken